

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Rheingönheim**

**von Ludwigshafen am Rhein**

|                        |  |
|------------------------|--|
| <b>Sitzungstermin:</b> | Freitag, den 15.07.2016  |
| <b>Sitzungsbeginn:</b> | 17:00 Uhr  |
| <b>Sitzungsende:</b>   | 18:15 Uhr  |
| <b>Ort, Raum:</b>      | Sitzungszimmer des Gemeindehauses<br>Rheingönheim, Hauptstraße 210 |

## **Anwesend waren:**

### Ortsvorsteherin

Julia Caterina Appel

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Peter Niedhammer

Stefan Röth

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Volker Ritthaler

Joachim Zell

Ursula Seibel

### FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Thomas Schell

### Schriftführer/in

Martina Majorosi

## **Entschuldigt fehlten:**

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Dieter aus den Birken

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Thomas Kramb

## Tagesordnung:

1. Verpflichtung eines neuen Ortsbeiratsmitgliedes  
Vorlage: 20163091
2. Einwohnerfragestunde
3. Bericht Ortsvorsteherin
4. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion mit Unterstützung des FDP-Ortsbeiratsmitgliedes  
Brunnen am Kantor-Josef-Jacob-Platz  
Vorlage: 20163092
5. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Lärmaktionsplan  
Vorlage: 20163079
6. Anfrage der Ortsvorsteherin  
Müllsammelplätze im Neubruch  
Vorlage: 20162947
7. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Ausbau Königstraße  
Vorlage: 20163087
8. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Neuer Flächennutzungsplan für die Stadt Ludwigshafen am Rhein  
Vorlage: 20163078
9. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
"Verkehrsberuhigung Hilgundstraße" an der Kreuzung vor der Mozartschule  
Vorlage: 20163086
10. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Zustand des Straßennetzes im Ortsbezirk  
Vorlage: 20163082
11. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Grünflächenpflege auf privaten Grundstücken und Pflegezustand von Grünstreifen und Gehwegen im Neubruch  
Vorlage: 20163090
12. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Brücken im Neubaugebiet Neubruch  
Vorlage: 20163080
13. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Baumpflanzungen auf leeren Baumfeldern im Hoher Weg

Vorlage: 20163088

14. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Grabensystem im Neubaugebiet Neubruch  
Vorlage: 20163081
15. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Parken von gewerblichen Fahrzeugen im Neubruch  
Vorlage: 20163089

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ausschuss war beschlussfähig.

Frau Ortsvorsteherin Appel begrüßt die anwesenden Teilnehmer und eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass erneut nicht fristgerecht eingeladen wurde, da die Einladung erst dienstags vor der Sitzung bei den Ortsbeiratsmitgliedern eingegangen ist. Die Einladung muss zukünftig früher verschickt werden aufgrund des langen Postwegs. Dieses Problem lässt sich nur lösen, wenn die Anträge und Anfragen früher bei der Verwaltung eingehen.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) bittet in Zukunft um fristgerechte Einladung und Information der Fraktionen darüber, wann die Anträge und Anfragen spätestens bei der Stadtverwaltung eingehen müssen.

Die Ortsvorsteherin teilt mit, dass Herr Ortsbeirat aus den Birken (SPD) für die heutige Sitzung entschuldigt ist. Der Ortsbeirat ist aber dennoch beschlussfähig.

Die heutige Tagesordnung muss noch um einen nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt ergänzt werden. Frau Appel bittet den Ortsbeirat um Zustimmung. Es gibt keine Gegenstimmen.

## **Protokoll:**

### **zu 1      Verpflichtung eines neuen Ortsbeiratsmitgliedes**

Die Ortsvorsteherin Frau Appel teilt mit, dass Herr Ortsbeirat Kramb (CDU) den Ortsbeirat Rheingönheim verlassen hat. Seine Nachfolge tritt Herr Joachim Zell (CDU) an.

Die Ortsvorsteherin verpflichtet Herrn Ortsbeirat Zell (CDU) anhand der Verpflichtungsformel und begrüßt ihn offiziell als neues Ortsbeiratsmitglied.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) merkt noch an, dass er Herrn Ortsbeirat Zell herzlich willkommen heißt und auf gute Zusammenarbeit hofft. Er möchte an dieser Stelle auch dem ausgeschiedenen Ortsbeirat Kramb für die gute Zusammenarbeit danken.

## **zu 2      Einwohnerfragestunde**

Auf Nachfrage der Ortsvorsteherin melden sich keine Bürger zu Wort.

## **zu 3      Bericht Ortsvorsteherin**

Frau Ortsvorsteherin Appel berichtet, dass im Neubaugebiet Sommerfeld mittlerweile 17 Bauanträge gestellt wurden. Mit den Bautätigkeiten wird es also bald losgehen. Nach der Veranstaltung Kultur im Hain hat sich leider ein tödlicher Verkehrsunfall auf der Straße zwischen Rheingönheim und Altrip ereignet, bei dem ein junger Mann ums Leben kam. Auf dieser Strecke gab es schon viele Unfälle, vielleicht kann diese Stelle in Zukunft entschärft werden.

Die Kanalbauarbeiten in der Fritz-Schmidt-Straße schreiten voran.

Aus dem Arbeitskreis Asyl kann die Ortsvorsteherin berichten, dass in der Asylbewerberunterkunft am Rampenweg ein Schulzimmer eingerichtet wurde mit Hilfe von ehrenamtlichen Kräften. Dort wird gespielt, es findet Hausaufgabenbetreuung für die Kinder statt und das Heinrich-Pesch-Haus hat dort eine Spiel- und Lerngruppe mit kleineren Kindern und Eltern eingerichtet, welcher aber in Räumlichkeiten der Katholischen Kirche umziehen wird aus Platzgründen. Herr Berkel von der Firma Berkel hat eine Treppe errichten lassen, welche von der Brücke zur Unterkunft herunterführt. Dafür ist sie ihm sehr dankbar.

Aus der letzten Sitzung war der Tagesordnungspunkt 13 „Hochwasserschutz am Rehbach“ noch offen. Auf Nachfrage hat der Bereich Umwelt mitgeteilt, dass nach aktueller Auskunft des Gewässerzweckverbandes Rehbach-Speyerbach mittlerweile alle erforderlichen Gutachten vorliegen und bereits ausgewertet wurden. Derzeit erfolgt die Einarbeitung in die Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren. Nach der Sommerpause soll das Planfeststellungsverfahren offiziell beantragt werden. Für die Sitzung am 07.10.2016 soll der Tagesordnungspunkt noch einmal aufgenommen werden.

An der Endstelle Rheingönheim wird eine Bike & Ride-Anlage installiert. Hierzu verteilt Frau Ortsvorsteherin Appel eine Einladung an alle Ortsbeiräte zu einem Pressegespräch vor Ort am Freitag, 22.07.2016, um 11.00 Uhr.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) begrüßt diese Aktion, zeigt sich allerdings überrascht, dass der Ortsbeirat nicht informiert war. Es hätten sicher noch Anregungen einfließen können. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist der Ortsbeirat vorab bei solchen Maßnahmen entsprechend der Gemeindeordnung zu befragen.

## **zu 4      Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion mit Unterstützung des FDP-Ortsbeiratsmitgliedes Brunnen am Kantor-Josef-Jacob-Platz**

Herr Ortsbeirat Dr. Schell (FDP) erläutert, dass der Brunnen mittlerweile sehr unschön ge-

worden ist und nicht mehr zum Erscheinungsbild von Rheingönheim passt. Er möchte hiermit die Verwaltung bitten, den Brunnen pfleglich zu behandeln und die Kalkablagerungen zu entfernen.

Der Bereich Grünflächen und Friedhöfe hat dazu folgende Stellungnahme abgegeben: Im Stadtgebiet Ludwigshafen sind derzeit 15 von 28 Brunnen in Betrieb. Ein Teil dieser Brunnen wurde bereits entkalkt und mit einer Wasserentkalkungsanlage versehen. Aufgrund des Hinweises aus dem Ortsbeirat wird geprüft, mit welchem Aufwand entkalkt und im Nachgang eine Wasserentkalkungsanlage installiert werden kann, um die Verkalkung dauerhaft in den Griff zu bekommen.

#### **zu 5           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Lärmaktionsplan**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) erläutert den Hintergrund dieser Anfrage: Lärm ist ein aktuelles Thema. Rheingönheim wurde im Rahmen der Lärmaktionsplanung der Bahn, welche getrennt von der städtischen Lärmaktionsplanung verläuft, kein Lärmschutz zugesprochen, da die Situation sich etwas anders darstellt als in Mundenheim. Es wäre jetzt wichtig, den aktuellen Stand zu erfahren.

Die Ortsvorsteherin liest die Antwort des Bereichs Umwelt vor:

Die Ergebnisse der Lärmkartierung und Maßnahmen für eine Lärmaktionsplanung wurden am 11.09.2015 auf Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Rheingönheim „Lärmkataster und Ergebnisse der Lärmkartierung sowie Maßnahmen für die Lärmaktionsplanung in Rheingönheim“ im Ortsbeirat umfassend vorgestellt. Im Rahmen der Offenlage gab es keine weiteren Rückmeldungen. Es ergeben sich keine Änderungen zum Vortrag 2015.

Ortsbeirat Röth sieht, dass die Offenlage anscheinend keine Bürgerbeschwerden erbracht hat.

Frau Ortsvorsteherin Appel hat bereits beim Bereich Umwelt angeregt, dass aktuelle Änderungen dem Ortsbeirat mitgeteilt werden.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) sieht weiterhin das Problem der Anwohner der B 44. Der Lärm durch vorbeifahrende LKWs ist so stark, dass kein Gespräch mehr im Garten möglich ist.

#### **zu 6           Anfrage der Ortsvorsteherin Müllsammelplätze im Neubruch**

Frau Ortsvorsteherin Appel hat eine Anfrage gestellt bezüglich der Einrichtung eines Müllsammelplatzes in der Käthe-Kollwitz-Allee. In die enge Privatstraße darf das Müllfahrzeug nicht einfahren. Mittlerweile gibt es Anwohnerbeschwerden und Rechtsstreitigkeiten aufgrund des Problems. Die Anwohner stellen ihren Müll gesammelt ab vor einer Garage und dort kommt es zu Geruchsbelästigungen für den dortigen Hausbesitzer. Ein Müllsammelplatz würde hier eine Lösung bieten.

Der Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen (WBL) hat dazu folgende Antwort abgegeben:  
Das Problem der Bereitstellung der Abfallsammelgefäße, das sich durch das Durchfahrtsverbot für die Abfallsammelfahrzeuge ergibt, ist der Verwaltung bekannt. Für die Klärung der beiden Fragen, welche nicht in die Zuständigkeit des WBL fallen, soll ein Vor-Ort-Termin mit der Ortsvorsteherin und den sachbefassten Bereichen Stadtplanung, Tiefbau, Straßenverkehr und WBL, Entsorgungsbetrieb und Verkehrstechnik, stattfinden. Den Termin wird der WBL in Absprache mit Frau Appel koordinieren.

Die Ortsvorsteherin Frau Appel wird nach Absprache des Termins auch die Ortsbeiräte informieren.

Die zweite Antwort betrifft das Rückfahrverbot für Müllfahrzeuge:

Grundsätzlich besteht ein ausnahmsloses Rückwärtsfahrverbot in allen Straßen für Müllfahrzeuge, die nach dem 01.10 1979 errichtet wurden. In Straßen, die vor dem Stichtag errichtet wurden, ist das Rückwärtsfahren nur ausnahmsweise erlaubt. Folgende Vorschriften sind derzeit zu beachten: Gesetzliche Unfallversicherung, BG Verkehr.

Bei der Planung ist darauf zu achten, dass ein Rückwärtsfahren nicht erforderlich ist. Ein Zurücksetzen, z. B. bei Wendemanövern, gilt nicht als Rückwärtsfahrt. Ein Fahrzeugführer darf nur rückwärtsfahren oder zurücksetzen, wenn sichergestellt ist, dass Personen nicht gefährdet werden; kann dies nicht sichergestellt werden, hat er sich den einen Einweiser einweisen zu lassen.

Bei einer unvermeidbaren Rückwärtsfahrt in Straßen erfordert es zusätzliche Maßnahmen, z. B. dass

- beiderseits des Abfallsammelfahrzeugs ein Sicherheitsabstand zu ortsfesten Einrichtungen oder abgestellten Fahrzeugen von mindestens 0,5 m über die gesamte Rückwärtsfahrstrecke gewährleistet ist,
- die zurückzulegende Strecke nicht länger als 150 m ist,
- die Sicht durch die Rückspiegel nach hinten nicht behindert ist, z. B. durch Bäume, Äste, Sträucher und dergleichen und
- sich im Gefahrenbereich des Abfallsammelfahrzeugs keine Personen aufhalten.

Zurzeit ist der WBL dabei, Gefährdungsbeurteilungen zu erstellen, um betriebliche Festlegungen zum Rückwärtsfahren von Abfallsammelfahrzeugen zu dokumentieren. Des Weiteren wird geprüft, ob Rückraumüberwachungssysteme entsprechend als ein Gefahren vorbeugendes Instrument anerkannt werden.

Die Ortsbeiratsmitglieder diskutieren über das Thema und kommen gemeinsam zum Schluss, dass hier zeitnah eine Lösung gefunden werden muss.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) stellt abschließend noch die Frage, ob die Straße als Privatstraße gekennzeichnet wurde. Die Ortsvorsteherin kann diese Frage nicht beantworten und schlägt vor, dies beim Ortstermin abklären zu lassen.

**zu 7           Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
                  Ausbau Königstraße**

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) erläutert, dass Bürger ihn angesprochen haben auf den Ausbau der Königstraße. Seit der letzten Darstellung vor ca. 1 ½ Jahren wurde von der Verwaltung nicht mehr mitgeteilt, wie der weitere Verlauf des Ausbaus der Königstraße sich gestaltet.

Ortsvorsteherin Frau Appel ergänzt, dass dieser Punkt zuletzt im Rahmen des Straßenausbauprogramms vorgestellt wurde. In der Fritz-Schmidt-Straße finden derzeit die Kanalbauarbeiten statt.

Der Bereich Tiefbau hat folgende Antwort abgegeben:

Der Ausbau der Königstraße zwischen Hauptstraße und Hilgundstraße ist für den Herbst 2017 vorgesehen.

Die Maßnahme der Stadtentwässerung dauert voraussichtlich bis Februar/März 2017.

Danach erfolgen Maßnahmen der Technischen Werke Ludwigshafen, welche ca. 4 bis 5 Monate dauern.

Der Straßenbau erfolgt deshalb erst ab September 2017.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) bittet darum im Protokoll festzuhalten, dass im Ortsbeirat rechtzeitig vor Ausschreibung die Planung für den Ausbau der Königstraße vorgestellt werden soll. Diese ist recht kompliziert aufgrund der Enge der Situation. Er ist gespannt, welche Lösung die Verwaltung hier vorsieht. Der Ortsbeirat sollte vor einer geplanten Bürgerversammlung informiert werden, so dass noch die Möglichkeit besteht hier Einfluss zu nehmen.

#### **zu 8           Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion                   Neuer Flächennutzungsplan für die Stadt Ludwigshafen am Rhein**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) teilt mit, dass im vergangenen Jahr der neue einheitliche Regionalplan, der erste Regionale Raumordnungsplan für die gesamte Metropolregion, in Kraft getreten ist. Demzufolge hat der Stadtrat beschlossen auch den örtlichen Flächennutzungsplan, der die Grundlage für mögliche Bebauungspläne darstellt, dann zu novellieren. Der jetzige Flächennutzungsplan stammt aus dem Jahr 1999. Es sind dort noch gewisse Flächen für den Wohnbau dargestellt, es ist aber unklar, ob diese Flächen so fortgeführt werden können. Es sind auch Sonderbedarfsflächen dargestellt, beispielsweise zur Aussiedlung eines Sportvereins. Es gab diesbezüglich Fragen, ob dies mit dem Flächennutzungsplan übereinstimmt. Der Ortsbeirat möchte frühzeitig in die Planungen einbezogen werden, damit er seine örtliche Erfahrung auch miteinbringen kann.

Frau Ortsvorsteherin Appel teilt mit, dass der Bereich Stadtplanung geantwortet hat, dass der Zeitplan sich verzögert hat aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens. Anfang 2017 wird es Bürgerbeteiligungen geben und vorher findet der Bau- und Grundstücksausschuss statt. Der Ortsbeirat wird zu gegebener Zeit informiert.

Die Ortsbeiratsmitglieder bitten um Aufnahme ins Protokoll, dass die Information des Ortsbeirates vor Offenlage stattfinden muss, damit auch noch die Anregungen des Ortsbeirates in die Verwaltungsplanung mit einfließen können.

#### **zu 9           Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion**

## **"Verkehrsberuhigung Hilgundstraße" an der Kreuzung vor der Mozartschule**

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) erläutert, dass aufgrund einer Begehung der Verkehrskommission die Verkehrsinsel errichtet wurde, um hier Abhilfe zu schaffen. Heute am letzten Schultag vor den Sommerferien herrschten dort wieder chaotische Zustände. Durch die Insel an der rechten Seite ist eine Verkehrsbehinderung entstanden. Die Situation in diesem alten Teil von Rheingönheim rund um die Mozartschule würde deutlich verbessert werden durch die Einführung einer Einbahnstraßenregelung für die Caroli- und Hilgundstraße.

Frau Ortsvorsteherin Appel liest die Antwort des Bereichs Stadtplanung vor:

Am 29.04.2015 fand hierzu bereits ein Ortstermin statt. Dem Ortsbeirat wurde hierüber ausführlich für die Sitzung vom 22.05.2015 schriftlich berichtet. Die Stellungnahme ist nochmals beigefügt.

Nach unserem Kenntnisstand haben sich die umgesetzten Maßnahmen bewährt. Dadurch konnte auch die Sicherheit – vor allem für die Schulkinder – deutlich verbessert werden. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum hier eine Gefahrenstelle geschaffen worden sein soll. Sofern zwei Fahrzeuge in die Kreuzung einfahren wollen, muss ggf. ein Fahrzeug warten. Dies ist an vielen anderen Stellen in Tempo 30-Zonen auch der Fall und in Anbetracht des dortigen Verkehrsaufkommens durchaus vertretbar.

Frau Ortsvorsteherin Appel teilt mit, dass sie auch positive Rückmeldung von Seiten der Schule erhalten hat. Die Situation hat sich für die Kinder verbessert.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) sieht die Umsetzung so, wie sie im Rahmen des Tages des Verkehrs besprochen wurde. Falls jetzt hier Probleme entstehen, sollte sich die Verwaltung die Stelle noch einmal anschauen. Der Ortsbeirat hat sich sehr dafür eingesetzt, dass im Rahmen der Errichtung des Prot. Kindergartens in der Limesstraße frühzeitig eine neue Verkehrsregelung eingeführt wurde. Dort ist eine Einbahnstraße geschaffen worden. Sowohl die Leitung des Kindergartens als auch die Anwohner haben berichtet, dass es zu keinen Problemen gekommen ist. Die Situation hat sich durch die Einrichtung der Einbahnstraße deutlich entspannt. Insofern sollte der Vorschlag einer Einbahnstraßenregelung für die Caroli-/Hilgundstraße noch einmal genau geprüft werden.

Frau Ortsvorsteherin Appel stimmt dem zu.

### **zu 10      Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Zustand des Straßennetzes im Ortsbezirk**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) hat nachgefragt nach dem Zustand des Straßennetzes und der Brücken vor dem Hintergrund der öffentlichen Infrastruktur. Die Schmiedegasse musste vor kurzem gesperrt werden in Höhe des Gemeindehauses, weil die Straße eingebrochen war. Das war vor einiger Zeit auch zwischen Gänsweid- und Römerstraße der Fall, auch dort kam es zum Einbruch der Straßendecke. Deshalb die Anfrage zum Zustand des Straßennetzes und auch der Brückenbauwerke. Es sollen hier frühzeitig Schäden behoben werden, damit nicht so ein Fall wie bei der Hochstraße entsteht. Nur wenn die Infrastruktur in Schuss gehalten wird, lassen sich die Kosten minimieren.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) merkt an, dass auch vor der Evangelischen Kirche in der

Hauptstraße die Straße eingebrochen war. Die durchgeführte Reparatur allerdings ist nicht in Ordnung. Die Straße hat sich auch hier abgesenkt. Der Zustand der Straßen in Rheingönheim beunruhigt, deshalb sollte nach möglichen Gefahrenstellen vorab geschaut werden.

Die Ortsvorsteherin liest die Antwort des Bereichs Tiefbau vor:

Der Zustand der Brückenbauwerke im Ortsbezirk Rheingönheim ist befriedigend. Aktuell besteht kein Sanierungsbedarf.

Herr Ortsbeirat Röth bittet darum, dass der zuständige Dezernent und auch nachrichtlich die Oberbürgermeisterin informiert wird, dass die Anfrage vollständig zu beantworten ist. Die Stadtverwaltung sollte bis eine Woche nach den Sommerferien die ausstehenden Fragen beantworten, so dass die Mitglieder des Ortsbeirates nicht bis zur nächsten Sitzung warten müssen.

Frau Ortsvorsteherin Appel ist auch der Meinung, dass man die Fragen hätte einzeln beantworten können und findet es bedauerlich, dass dies nicht getan wurde. Sie liest die Fragen zur Erklärung noch einmal vor:

1. Wie bewertet die Verwaltung den Zustand des öffentlichen Straßennetzes im Ortsbezirk; besteht Sanierungsbedarf?
2. Wie bewertet die Verwaltung den Zustand der Brückenbauwerke im Ortsbezirk; besteht Sanierungsbedarf?
3. Wie und in welchen Intervallen wird der Zustand des öffentlichen Straßennetzes (einschließlich der Brückenbauwerke) erfasst?
4. In welchem Zeitraum und in welcher Priorisierung der Einzelprojekte gedenkt die Verwaltung den bestehenden Sanierungsbedarf abzarbeiten?
5. In den letzten Jahren gab es immer wieder Unterspülungen von Straßen im Ortsbezirk, zuletzt in der Schmiedegasse. Was sind die Ursachen für diese Schäden? Wie können solche Schäden künftig vermieden werden?

#### **zu 11      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Grünflächenpflege auf privaten Grundstücken und Pflegezustand von Grünstreifen und Gehwegen im Neubruch**

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) stellt seit geraumer Zeit fest, dass die Eigentümer im Neubruch sich nicht um ihre Baulücken kümmern. Dort wuchern die Hecken auf den Gehweg. Kinder, die zur Schule laufen, müssen vom Gehweg auf die Straße überwechseln. Die extremen Absenkungen an den Kantsteinen rund um die Baumpflanzungen betragen mittlerweile 10 cm. Das Erdreich hat sich hier abgesenkt. Spielende Kinder auf den Gehwegen sind durch diese Stolperkanten gefährdet, auch Senioren mit Rollatoren. Die Hecken wachsen auch auf ausgewiesene Parkplätze, so dass diese nicht genutzt werden können, z. B. im Paula-Becker-Modersohn-Weg. Die Bürger haben ihn angesprochen, weil der Parkraum sowieso schon zu knapp bemessen ist und jetzt werden auch noch Parkplätze durch wuchernde Hecken weggenommen. Es muss dringend Muttererde gefahren werden zur Auffüllung der Absenkungen. Ein Nachbar hat auch angesprochen, dass in der Ingeborg-Bachmann-Straße keine Baumpflanzung mehr stattgefunden hat, obwohl dies ursprünglich im Bebauungsplan so vorgesehen war. Können sich die Anwohner jetzt selbst aussuchen, ob sie eine Bepflanzung möchten oder nicht?

Frau Ortsvorsteherin Appel liest die gemeinsame Antwort der Bereiche Tiefbau und Grünflä-

chen und Friedhöfe vor:

Die öffentlichen Verkehrsanlagen, auch Parkplätze werden durch die regelmäßigen Straßenbegehungen, auch unter dem Aspekt des Grünwuchses in Augenschein genommen. Bei Handlungsbedarf wird der Eigentümer ausfindig gemacht und schriftlich auf den Missstand aufmerksam gemacht und zeitgleich aufgefordert, dies zu beheben. Manchmal ist auch eine zweite schriftliche Aufforderung notwendig:

Wie sich die Sachlage hier darstellt, konnte von Seiten der Verwaltung wegen personeller Engpässe derzeit nicht erschöpfend geklärt werden. Wir werden uns bemühen, baldmöglichst Abhilfe zu schaffen.

Zur Überwucherung in der Käthe-Kollwitz-Allee:

Wir prüfen diesen Sachverhalt, um auch in diesem Fall schnell Abhilfe zu schaffen.

Zur Ingeborg-Bachmann-Straße 4:

Eine Anpassung der Fläche ist wegen der Pflanzperiode für den Herbst 2016 vorgesehen. Diese Frage wurde bereits in der Ortsbeiratssitzung im Februar 2016 durch eine Stellungnahme des Bereichs Tiefbau beantwortet:

In einem Bebauungsgebiet können sich baurechtliche Grundlagen und Richtlinien über einen langen Zeitraum ändern. Diese Anpassungen wurden und werden berücksichtigt.

In der Vergangenheit wurde das Anliegen des damaligen Mitglieds des Ortsbeirates Herrn Lauenstein an die Verwaltung weitergeleitet, den öffentlichen Gehweg vor dem unbebauten Grundstück der Ingeborg-Bachmann-Straße 4 provisorisch mit Asphalt zu schließen. Im Jahre 2014/2015 wurde die private Bebauung ausgeführt, die nun Aufschluss gibt, wo die Zuwegung der Garage in Anspruch genommen wird.

Der Austausch des Oberflächenbelages ist aus organisatorischen Gründen erfolgt. Ein eventueller Einbau von Baumscheiben ist dabei berücksichtigt, wobei eine Stellungnahme eines Versorgungsträgers zur Auskunft auf die Lage der Hausanschlussleitungen noch aussteht. Eine Anpassung der Fläche wäre wegen der Pflanzperiode für den Herbst 2016 vorgemerkt. Dadurch entsteht vor Ort keine „offene Baumscheibe“, deren Füllmaterial über Monate ggfs. durch Überfahren verfestigt werden kann.

Des Weiteren wird ein Parkplatz geplant, da der Bedarf nach Parkraum im öffentlichen Verkehrsraum vorhanden ist. Da die Lage der Hausanschlussleitungen noch nicht koordiniert sind, können derzeit noch keine Angaben über zukünftige Standorte von Bäumen und Stellplätzen getroffen werden. Aufgrund der anhaltenden angespannten Personalsituation kann leider nur zeitverzögert agiert werden.

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) merkt an, dass die Antworten der Verwaltung immer wieder stereotyp sind. Er ist der Meinung, nach dem zweiten Anschreiben an den Grundstückseigentümer sollte von der Stadt gereinigt werden und dem Eigentümer die Kosten in Rechnung gestellt werden.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) teilt mit, dass es sich bei der Überwucherung in der Käthe-Kollwitz-Allee um das Gelände hinter der TG Frei Heil handelt. Es geht hier um eine Gemeinbedarfsfläche, die für eine Schule vorgehalten wird. Es geht hier um städtisches Gelände.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) weist daraufhin, dass das Problem mit der Grünflächenpflege in ganz Rheingönheim besteht und nicht nur im Neubruch. Das Gras wächst teilweise so hoch, man kann an manchen Kreuzungen nicht mehr in die Straße einsehen beim Abbiegen. Der Bereich Grünflächen müsste von sich aus agieren und nicht auf Zuruf arbeiten. Er hat sich die Mühe gemacht zu den privaten Grundstückseigentümern zu fahren und sie darauf hinzuweisen, dass der Grünschnitt gemacht werden muss bevor es zu Beschwerden der Nachbarn kommt.

Frau Ortsvorsteherin Appel liest weiter in der Stellungnahme bezüglich Absenkungen in der Ingeborg-Bachmann-Straße:

In o. g. Straße liegen einige Teilflächen des Straßenbegleitgrüns etwas tiefer als die angrenzenden Wegeflächen. Diese entstanden vermutlich zum Teil durch Setzungen, aber auch durch Überfahren des Baustellenverkehrs. Diese Teilbereiche werden mittelfristig aufgefüllt. Eine akute Unfallgefahr wird aus unserer Sicht nicht gesehen.

Bei den Straßen im Neubruch handelt es sich um Verkehrsflächen. Aus unserer Sicht sind dort ausreichend Spielplätze vorhanden. Die Pflege der Bereiche obliegt dem Bereich Grünflächen und Friedhöfe und ist seit Jahren an Fremdfirmen vergeben.

Die Widmung ist von der baulichen Fertigstellung abhängig. Dies ist noch nicht in allen Bereichen geschehen. Die Verwaltung wird sich in den kommenden 3 Monaten bemühen, die offenen Bereiche fertigzustellen, sodass zeitnah die Widmung erfolgen kann.

Herr Ortsbeirat Röth bittet um Beantwortung der Frage zur Widmung zur nächsten Ortsbeiratssitzung am 07.10.2016.

Herr Ortsbeirat Niedhammer bittet um Ergänzung, wo diese offenen Bereiche liegen, welche noch nicht gewidmet werden können.

## **zu 12      Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Brücken im Neubaugebiet Neubruch**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) erläutert, dass die Brücken auch schon öfter ein Thema im Ortsbeirat waren. Das letzte Mal gab es Probleme mit den Holzbohlen, worauf die Verwaltung ankündigte, es würden Kunststoffbohlen eingesetzt werden. Es wird jetzt nach Erfahrungen mit den Kunststoffen gefragt. Aktuell geht es auch um die Edelstahlgeländer, welche extra dauerhaft sein sollten ohne Pflegebedarf. Neuerdings sind diese mit Baustellengittern gesichert. Was ist der Hintergrund dieser Maßnahme? Wann wurden die Gitter angebracht, wann werden sie wieder entfernt, entstehen durch die Nacharbeiten Kosten für die Stadt bzw. die Eigentümer. Wurden bei der Planung und Ausführung Fehler gemacht? Ist Regress möglich? Die Ortsvorsteherin liest die Antwort des Bereichs Tiefbau vor:

Die vier Fußwegbrücken im Neubruch wurden vom Bereich Tiefbau als Dienstleistung für den Bereich Umwelt geprüft. Im Rahmen der ersten Besichtigung ist aufgefallen, dass die vorhandene Absturzsicherung nicht den anerkannten Regeln der Technik entspricht. Um die Verkehrssicherheit für spielende Kinder zu gewährleisten, sind die vorhandenen Edelstahlgeländer mit den besagten Baustellengittern gesichert worden.

Im Herbst letzten Jahres wurden die ersten Brücken mit einem Bohlenbelag aus Recyclingkunststoff versehen. Die Erfahrungen sind bislang gut, reichen jedoch noch nicht für eine generelle Aussage aus.

Die Ortsvorsteherin stellt hierzu fest, dass dies nicht den Regeln der Technik entspricht. Man hat sich nicht ausreichend mit dem Thema befasst und schon bei der Planung einen Fehler gemacht.

Weiter in der Stellungnahme:

Die Baustellengitter werden wieder entfernt, wenn die neuen Gitter angebracht wurden. Die Planungsleistung ist vergeben und die Maßnahme soll in diesem Jahr abgewickelt werden. Regressansprüche gegenüber der Baufirma sind leider abgelaufen. Diese sind nur gemäß BGB maximal fünf Jahre nach Herstellung einforderbar.

Es entstehen der Stadtverwaltung Kosten für den Ersatz der Gitter. Den Grundstückseigentümern entstehen keine Kosten.

Die Brücke wurde für die Fußgänger geplant. Durch die geänderte Nutzung durch Fahrradfahrer mussten die Geländer angepasst werden.

Die Ortsbeiratsmitglieder äußern ihr Unverständnis, dass Fahrradfahrer nicht von Beginn an berücksichtigt worden sind.

**zu 13      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Baumpflanzungen auf leeren Baumfeldern im Hoher Weg**

Frau Ortsvorsteherin Appel liest die Antwort des Bereichs Grünflächen und Friedhöfe vor: Im Frühjahr 2016 wurden nach der Umgestaltung des Hohen Weges die Baumbeete mit Bäumen bepflanzt. Die dem Augenschein nach freien Baumbeete konnten nicht mit Bäumen bepflanzt werden, da durch diese Beete Versorgungsleitungen der TWL verlaufen. Diese drei Beete sind nicht leer, sondern wurden mit einer Strauchrose und bodendeckenden Rosen bepflanzt.

**zu 14      Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Grabensystem im Neubaugebiet Neubruch**

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) stellt die Anfrage vor. Die Grabensysteme im Neubruch haben den Ortsbeirat in der Vergangenheit schon öfter beschäftigt. Insbesondere die mangelnde Versickerung des Wassers hat zu großem Ärger bei den Anwohnern geführt, da das Wasser nicht nur übel riecht, sondern gerade in der jetzigen Jahreszeit und durch die vielen Niederschläge ist die Mückenbelastung erheblich. Zudem soll jetzt sogar Wasser vom Pumpwerk jenseits der K7 zurück in den Neubruch fließen. Das Grabensystem funktioniert nach wie vor nicht. Die Verwaltung hatte zugesagt Maßnahmen zu ergreifen, um a) die Versickerung zu gewährleisten und b) das Abfließen des Wassers zu erleichtern. Es gibt offenbar noch Nachbesserungsbedarf und nun möchte die SPD wissen, wie bewertet die Verwaltung die Probleme und wie denkt sie Abhilfe zu schaffen, insbesondere im Sinne der Anwohner?

Ortsvorsteherin Frau Appel teilt mit, dass sie ständig Anfragen und Beschwerden von Bürgern hat zu diesem Thema. Sie hat ausdrücklich darum gebeten, dass ein Vertreter der Verwaltung aus dem Bereich Umwelt zur Berichterstattung kommt. Leider ist der Bereichsleiter Herr Rainer Ritthaler in Urlaub und er hat keine fachlich versierte Vertretung schicken können. Die Ortsvorsteherin hat den Vorschlag für einen Ortstermin gemacht. Sie bekam jedoch die Antwort einen Ortstermin nach der Sommerpause zu vereinbaren, wobei dies wahrscheinlich zu spät ist, um die derzeitige Problematik zu sehen.

Die Ortsvorsteherin liest die Antwort des Bereichs Umwelt vor:

Das Baugebiet Neubruch liegt Rhein nah und wird im Grundwasserbereich durch die schwankenden Rheinwasserstände stark beeinflusst.

Aus Gründen des Hochwasserschutzes für die gesamte Ortslage Rheingönheim ist die Schließe am Brückweggraben ab einem Rheinwasserstand von 4,30 m (= 89,48 m ü. NN) zu schließen. Dieses Niveau entspricht ungefähr der Sohlhöhe des Brückweggrabens am Zu-

laufpunkt des Horstgrabens, bzw. des Baugebietes „Im Neubruch“. Diese Situation bewirkt, dass bei weiter anhaltenden Starkregenereignissen, wie im Mai/Juni diesen Jahres geschehen, der Grundwasserspiegel zwischen Rhein und Ortslage Rheingönheim stetig ansteigt. Da dies dann vom Rhein und aus dem tiefliegenden Polder aus in Richtung Westen geschieht, erfolgt die Fließrichtung entgegen dem Sohlgefälle des Brückweggrabens in Richtung Baugebiet.

Im Extremfall kann es bei diesen Extremverhältnissen zu einem Aufstau bis zu einem Niveau von 91,85 m ü. NN kommen. Diese Einstauhöhe ist im Rahmen der Bauleitplanung und Entwässerungsplanung berücksichtigt und von der Oberen Wasserbehörde genehmigt worden. Die Anschlusshöhe der umliegenden Grundstücke wurde mit 92,30 – 92,50 m ü. NN vorgegeben. Damit ist eine Gefährdung der Grundstücke auszuschließen.

Mit der Oberen Wasserbehörde wurde ebenfalls abgestimmt, dass ab einem Wasserstand von 91,50 m ü. NN in Höhe des Pumpwerks an der K7 eine mobile Pumpe dem Brückweggraben eine Wassermenge von 180 m<sup>3</sup> pro Stunde entnimmt und in das städtische Kanalnetz fördert.

Von Mitte Mai bis Ende Juni fiel ca. ein Drittel des gesamten zu erwartenden Jahresniederschlags für das Jahr 2016 und der Hochwassermeldedienst zeigte für den Pegel Mannheim am 06.07.2016 immer noch einen Rheinwasserstand von 4,50 m auf. Gemäß Prognose ist der Rheinwasserstand weiter fallend und die Schließe kann in den nächsten Tagen wieder geöffnet werden und das Wasser normal abfließen.

Hinsichtlich der Stechmückenproblematik ist das Grabensystem Neubruch wie auch viele andere Grabenbereiche des Stadtgebietes in die Bekämpfung der Stechmücken einbezogen und wird bei solchen Ereignissen durch die KABS begutachtet, im Bereich Neubruch zuletzt am 04.07.2016

Wie im Jahr 2013 ist das vermehrte Stechmückenaufkommen im Neubaugebiet Neubruch auf die diesjährigen häufigen Überschwemmungen am Rhein zurückzuführen, nach welchem es im gesamten KABS-Gebiet zu deutlicher Stechaktivität kam.

Die im Neubruch auftretenden Stechmücken „Rheinschnaken“ (Gattung Aedes) kommen nach Auskunft der KABS nur aus den direkten Überschwemmungsbereichen des Rheins und des Rehbachs (vor dem Rheinhauptdeich) und sind in das Gebiet eingewandert (Wanderradius bis zu 10 km). Larven dieser Art sind in den Gräben nicht festzustellen. Soweit Larven dieser Art auftreten wird bekämpft.

Die im Grabensystem zu beobachtenden Larven sind Larven von der Art Culex pipiens pipiens, die nur Vögel angreift und keine Menschen und daher von Seiten der KABS aus ökologischen und Kostengründen nicht bekämpft wird.

Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) zeigt den Ortsbeiratsmitgliedern noch Fotos zu dem Thema. Hier sieht man, dass Wasser aus Richtung Rhein ins Neubruch gedrückt wird. Der Durchbruch auf den Fotos steht voll mit Wasser.

Herr Ortsbeirat Ritthaler (CDU) sieht das Grundproblem in der Schaffung des Neubruchs und der Anlage des Grabensystems. Damit wurden die Probleme geschaffen. Die Gräben liegen eigentlich auf Höhe des Ablaufs in den Rhein auf 89 m. Wenn der Rhein Hochwasser hat, dann drückt er automatisch das Hochwasser ins Neubruch. Seines Erachtens war der Oberen Wasserbehörde dieses Problem von Anfang an klar und auch bekannt, allerdings nicht den Anwohnern, die dort gebaut haben.

Herr Ortsbeirat Niedhammer merkt an, dass zu der Zeit, als das Neubruch als Baugelände freigegeben wurde, eine Ortsbesichtigung stattfand und er gesagt hat, man soll die Gräben zu machen. Es wird mit diesem System Probleme mit Ratten, Mäusen und dergleichen geben, solange die Gräben nicht anders gestaltet werden.

Herr Ortsbeirat Röth (SPD) bedankt sich beim Bereich Umwelt für die ausführliche Antwort.

Sie ist zwar sehr technisch, aber sie stellt die Situation gut dar. Das Neubruch ist sehr tiefgehend. Die Problematik wird sich kurzfristig nicht lösen lassen. Es ist aber bedauerlich, dass die Anwohner, welche keine Ortskenntnisse hatten und dort gebaut haben, nicht ausreichend darauf hingewiesen wurden im Rahmen der Bebauungsplanung.

Herr Ortsbeirat Ritthaler macht den Vorschlag, gemeinsam eine Lösung für die Anwohner zu suchen.

Ortsvorsteherin Frau Appel weist daraufhin, dass der Ortstermin in den Abendstunden stattfinden soll, damit alle Ortsbeiräte dazu kommen können und vielleicht im Anschluss daran noch ein Gespräch mit den zuständigen Sachbearbeitern der Verwaltung stattfinden kann. Auch eine Bürgerversammlung könnte man noch anbieten.

Herr Ortsbeirat Röth regt an, dass bei diesem Termin auch Vertreter der Oberen Wasserbehörde teilnehmen sollten.

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) fragt noch an, wer zuständig ist, die Wehren im Bedarfsfall zu schließen. Falls die Feuerwehr zuständig ist, kommt diese rechtzeitig zum Schließen? Er bittet um eine Stellungnahme über die Regelmechanismen.

Die Ortsvorsteherin Frau Appel ist der Meinung, dass man dies beim Termin vor Ort klären kann.

#### **zu 15      Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion               Parken von gewerblichen Fahrzeugen im Neubruch**

Herr Ortsbeirat Zell (CDU) erläutert, dass es sich nicht um parkende Autos handelt, sondern um gewerblich genutzte Fahrzeuge über 3,5 t. Inhaber von Gewerbebetrieben wohnen im Neubruch und haben es unterlassen geeignete Gewerbeflächen anzuschaffen. Die Bürger beschwerten sich darüber. Es gibt mittlerweile Schrottfahrzeuge, Garten- und Landschaftsbaufahrzeuge, auch Wohnmobile. Durch das Herausragen der langen Fahrzeuge auf den Bürgersteig werden auch die Fußgänger behindert, z. B. Senioren mit Rollatoren, junge Eltern mit Kinderwägen.

Die Ortsvorsteherin teilt mit, dass dieses Thema schon im letzten Ortsbeirat behandelt wurde. Sie liest die Antwort des Bereichs Straßenverkehr vor:

Da die StVO die Formulierung „gewerbliche Fahrzeuge“ so nicht kennt, waren Mitarbeiter/innen der Straßenverkehrsbehörde vor Ort, um sich ein Bild zu machen.

Die Parksituation im Wohngebiet „Im Neubruch“ hat dabei keinerlei Besonderheiten aufgezeigt. Lediglich vor Neubauten im Rohbau standen im Neubruch und in der Ingeborg-Bachmann-Straße jeweils ein Firmenfahrzeug mit Elektro- bzw. Fliesengewerk.

Der Bereich Straßenverkehr weist darauf hin, dass beim Vorliegen verkehrsrechtlich relevanter Verstöße entsprechende Maßnahmen bei allen im öffentlichen Verkehrsraum abgestellten Fahrzeugen ergriffen werden.

Konkrete Verstöße können des Weiteren angezeigt werden. Erläuterungen zum Prozedere geben die Mitarbeiterinnen der Einsatzleitstelle des Bereichs Straßenverkehr (0621/504-3212) gerne. Diese Anzeigen werden so behandelt, als wären sie von Verkehrsüberwachungspersonal erhoben worden. Lediglich die Zeugenaussage vor Gericht fällt ggfs. für den privaten Anzeiger an.

Herr Ortsbeirat Zell wendet ein, dass er das Fahrzeug des Ordnungsdienstes (?) gesehen hat. Zu dieser Uhrzeit waren die Gewerbetreibenden nicht anwesend und haben dort nicht

geparkt. Diese Fahrzeuge werden abends abgestellt. Er findet es nicht richtig, die Verantwortung an die Bürger abzugeben.

Ortsvorsteherin Frau Appel stimmt zu, dass es regelmäßig Probleme gibt mit Verkehrsverstößen. Bis die zuständigen Mitarbeiter des Bereichs Straßenverkehr vor Ort sind, ist das Fahrzeug meistens schon weggefahren. Anzeigen sind nur möglich, wenn die Mitarbeiter auch etwas gesehen haben. Es wird dem Ortsbeirat wohl nichts anderes übrig bleiben, als die Bürger zur Mithilfe anzuregen, z. B. Fotos machen, den Bereich Straßenverkehr anrufen, Herr Ortsbeirat Niedhammer (SPD) versteht, dass die Bürger nicht anrufen möchten, weil man sich zu erkennen geben muss und der Verursacher dann erfährt, wer angerufen hat. Vor den Folgen haben manche Bürger Angst. Es besteht auch das Problem, dass man selten jemand erreicht unter der Nummer des Ruhenden Verkehrs bzw. es wird verwiesen, dass die Mitarbeiter anderweitig eingesetzt sind.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss die Vorsitzende um  
18:15 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 02.08.2016

---

Martina Majorosi  
Schriftführer

---

Julia Caterina Appel  
Vorsitzende